EAK

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Presseschau

November 2022

Kleine Presse-Nachlese
EKD-Synode in Magdeburg

Rachel: Politik entfremdet sich von der christlichen Botschaft

Immer mehr Politiker haben keinerlei Kirchenbindung

Magdeburg (IDEA) – Die Politik in Deutschland entfremdet sich immer mehr von der christlichen Botschaft. Diese Ansicht vertrat der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (Düren), auf der Tagung der EKD-Synode in Magdeburg. In einem Grußwort sagte er, es gebe einen spürbaren Rückgang von christlichen Überzeugungen und Wertebindungen in Politik und Gesellschaft. Im Bundestag wachse die Zahl von Abgeordneten ohne jede Kirchenbindung. Das zeige sich unter anderem daran, dass zu den ökumenischen Andachten für die Parlamentarier in jüngster Zeit nur noch zwei oder drei Teilnehmer kämen. Diese Entfremdung werde auch deutlich durch die Überlegungen der Bundesregierung, die Bibelverse an der Kuppel des Berliner Stadtschlosses zeitweise zu überblenden. Die Entwicklung werde mittelfristig spürbare Folgen für das Miteinander von Politik, Staat und Kirchen haben. Sie könnten sich etwa in den bevorstehenden Debatten über die Ablösung der Staatsleistungen an die beiden großen Kirchen, über die Neuregelung des assistierten Suizids und über christliche Feiertage zeigen. Die Gesellschaft werde durch das Schwinden der christlichen Liebes- und Hoffnungsbotschaft nicht besser und humaner werden. „Wir dürfen dieser Gesellschaft die Botschaft des Evangeliums nicht schuldig bleiben“, sagte Rachel. Ihre Verkündigung sei und bleibe die wichtigste Aufgabe der Kirchen. Die EKD-Synode tagt in Magdeburg vom 6. bis 9. November.

— IDEA 08.11.2022

Klima-Aktivistin: Jesus war ein Widerständler

Sprecherin der Protestbewegung „Letzte Generation“ bei der EKD-Synode

Magdeburg (IDEA) – Die Sprecherin der Protestbewegung „Letzte Generation“, Aimée van Baalen (Dresden), hat Jesus als einen Widerständler bezeichnet, der sich gesellschaftlichen Normen entgegengestemmt habe. Er habe sich für unterprivilegierte Menschen eingesetzt und damit seinen Tod riskiert, sagte van Baalen am 8. November vor der EKD-Synode in Magdeburg. Die „Letzte Generation“ versucht mit Straßenblockaden und Attacken auf Kunstgemälde stärkere Maßnahmen für den Klimaschutz zu erzwingen. Laut van Baalen steht eine Klimakatastrophe „vor der Tür“. Dies sei die „größte Gefahr für die Menschheit“. Vier Milliarden Menschen lebten in Regionen, die in einiger Zeit unbewohnbar sein werden. Etwa 700 Millionen Menschen müssten dann fliehen. Sie selbst befürchte, dass auch ihre Familie der Klimakatastrophe zum Opfer fallen könne. Wenn es nicht gelänge, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, werde ein Dominoeffekt ausgelöst, der nicht mehr zu stoppen sei. Nötig sei daher ziviler Widerstand „gegen ein System, das uns in den Untergang führt“. Alle anderen Protestformen hätten sich erschöpft. Die „Letzte Generation“ leiste gewaltfreien Widerstand, damit die Bundesregierung ihren Kurs ändere. Die Aktionen seien „ein Stopp des Alltags“ und ein „vergleichsweise kleiner Regelverstoß“ gegen ein riesiges Unrecht. Die Mehrheit der Bevölkerung stehe hinter den Forderungen der Bewegung. So setze man sich für ein bundesweit gültiges 9-Euro-Ticket sowie ein Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen ein. Van Baalen forderte die Synodalen dazu auf, ihre Wut gegenüber der Bundesregierung zu äußern und die Protestaktionen zu unterstützen. Die „Letzte Generation“ trage „Zuversicht und Nächstenliebe im Herzen“, so van Baalen.

— IDEA 08.11.2022

EKD-Rat warnt seine Kirche vor Instrumentalisierung durch Aktivisten

Stand: 10:12 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Klimaschutz-Aktivisten haben auf dem Brandenburger Tor demonstriert. Die Protestgruppe „Letzte Generation“ teilte mit, sie rufe am Tag des Mauerfalls zum Zusammenhalt auf. Die Gruppe war zuletzt unter anderem durch Straßenblockaden in die Kritik geraten.

Quelle: WELT / Sandra Saatmann

Autoplay
Wenn die Freiheit anderer Menschen angegriffen werde, sei dies nicht akzeptierbar, warnte der CDU-Politiker **Thomas Rachel** seine Kirche. Er gehört selbst zum Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland.
Anzeige

Der zum Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gehörende CDU-Politiker Thomas Rachel hat seine Kirche davor gewarnt, die Methoden der Protestbewegung „Letzte Generation“ zu legitimieren. „Kirche kann Gesprächsraum für unterschiedliche Meinungen schaffen“, erklärte Rachel nach Ende der EKD-Synodentagung, zu der eine Vertreterin der umstrittenen Bewegung eingeladen war, in einer am Mittwochabend verbreiteten Stellungnahme. Die EKD dürfe aber nicht Straßenblockaden legitimieren.#

Thomas Rachel (CDU)
Quelle: dpa-infocom GmbH

„Es ist eben nicht akzeptierbar, wenn durch Straßenblockaden in die Freiheit von anderen Menschen eingriffen wird“, erklärte der Bundestagsabgeordnete. Die Diskussion und die Entscheidung über auch strittige politische Themen müssten im Rahmen des Grundgesetzes und der geltenden Gesetze stattfinden.

Lesen Sie auch

Am Dienstag war die Klimaaktivistin Aimée van Baalen von der Bewegung „Letzte Generation“, die wegen Straßenblockaden und Lebensmittelwürfen auf Kunstwerke für Kritik sorgt, zu Gast bei der EKD-Synode in Magdeburg. Sie verteidigte dort die umstrittenen Protestformen. Von vielen, aber nicht allen der 128 Delegierten bekam sie stehenden Applaus.

Klimaaktivisten-Blockade verzögert Rettung von schwer verletzter Radlerin

Eine Verkehrsblockade von Klimaaktivisten hat in Berlin die Rettung einer lebensgefährlich verletzten Radfahrerin verzögert. Die Aktivisten-Gruppe „Letzte Generation“ bedauert den Zwischenfall.

Quelle: WELT/ Christoph Hipp

Die Präses der Synode, Anna-Nicole Heinrich, rief im Anschluss Politikerinnen und Politiker auf, dem Beispiel der Kirche zu folgen und ebenfalls mit den Klimaaktivsten der „Letzten Generation“ ins Gespräch zu kommen. Die Bewegung dürfe nicht in eine kriminelle Ecke gestellt werden, wo sie einfach nicht hingehöre, sagte sie. Die Anliegen der Aktivisten müssten ernst genommen werden. Sie stellten ihr eigenes Wohl zurück, um „gewaltfreien, zivilen Widerstand“ zu leisten.

Dem Rat der EKD gehören 15 Mitglieder an, darunter Bischöfinnen und Bischöfe sowie in der Kirche engagierte Laien. Rachel ist neben der Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Kerstin Griese (SPD), einer der beiden Vertreter aus der Politik in dem Leitungsgremium. Auch Heinrich gehört als Synodenpräses qua Amt dem Rat an.

- Nach EKD-Synode(MedienmagazinPRO)

EKD-Ratsmitglied Rachel verurteilt Straßenblockaden

Thomas Rachel, Mitglied im Rat der EKD, hat Straßenblockaden der Umweltaktivisten „Letzte Generation“ missbilligt. Auch die Klimadebatte müsse im Rahmen der Gesetze stattfinden.

Von Norbert Schäfer

- 10. November 2022

Foto: Tobias Koch

EKD-Ratsmitglied Thomas Rachel (Archivbild) sitzt für die CDU im Deutschen Bundestag. Er ist kirchenpolitischer Sprecher der Union.

Das Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Thomas Rachel, hat seine Kirche davor gewarnt, das Vorgehen der Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ zu legitimieren. „Kirche kann Gesprächsraum für unterschiedliche Meinungen schaffen“, sagte Rachel am Donnerstag, und weiter: „Die EKD darf aber nicht Straßenblockaden von der ‚Letzten Generation‘ legitimieren.“

Am Dienstag hatte die Klimaaktivistin und Sprecherin der „Letzten Generation“, Aimée van Baalen, in einer Rede vor der EKD-Synode um Verständnis für umstrittene Proteste und um Unterstützung durch die Kirchen geworben, und dafür stehenden Applaus von Teilen des Kirchenparlaments geerntet. Die Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ stehen öffentlich wegen Straßenblockaden und Attacken auf Kunstwerke in Museen in der Kritik.

Präses Heinrich: Aktivisten nicht kriminalisieren

Die Präses der Synode, Anna-Nicole Heinrich, hatte gefordert, die Bewegung der Klimaaktivisten nicht in eine kriminelle Ecke zu stellen. Die Anliegen der Aktivisten müssten ernst genommen werden.

„Es ist eben nicht akzeptierbar, wenn durch Straßenblockaden in die Freiheit von anderen Menschen eingriffen wird“, erklärte Rachel. Die Diskussion und die Entscheidung über auch strittige politische Themen müssten in Deutschland im Rahmen des Grundgesetzes und der geltenden Gesetze stattfinden. EKD-Ratsmitglied Rachel sitzt für die CDU im Deutschen Bundestag und ist kirchenpolitischer Sprecher der Unionsparteien im Parlament.

Die Synode hat auf ihrer Tagung in Magdeburg die in der Klimaschutzrichtlinie der EKD festgehaltene Roadmap bekräftigt und die Landeskirchen dazu ermutigt, die Klimaneutralität bereits bis 2035 umzusetzen. Damit die Treibhausgas-Emissionen zurückgehen, hat die Synode beschlossen, dass bei allen PKW-Fahrten im kirchlichen Kontext ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen gelten soll. Das Kirchenparlament befürwortet Bemühungen der Politik zur Einführung eines allgemeinen Tempolimits von maximal 120 km/h.

EKD-Ratsmitglied warnt Kirche vor Legitimierung von Straßenblockaden

10.11.2022 | epd | EKD und Kirchen (/rubriken/ekd-und-kirchen)

Berlin (epd). Der zum Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gehörende CDU-Politiker Thomas Rachel hat seine Kirche davor gewarnt, die Methoden der Protestbewegung "Letzte Generation" zu legitimieren. "Kirche kann Gesprächsraum für unterschiedliche Meinungen schaffen", erklärte Rachel nach Ende der EKD-Synodentagung, zu der eine Vertreterin der umstrittenen Bewegung eingeladen war, in einer am Mittwochabend verbreiteten Stellungnahme. Die EKD dürfe aber nicht Straßenblockaden legitimieren.

"Es ist eben nicht akzeptierbar, wenn durch Straßenblockaden in die Freiheit von anderen Menschen eingriffen wird", erklärte der Bundestagsabgeordnete. Die Diskussion und die Entscheidung über auch strittige politische Themen müssten im Rahmen des Grundgesetzes und der geltenden Gesetze stattfinden.

(https://www.herder.de/leben/shop/p6/76718-abschiede-aufbruch-in-neue-welten-gebundene-ausgabe/?utm_source=evangelisch.de&utm_medium=display&utm_content=banner&utm_campaign=03400)

Am Dienstag war die Klimaaktivistin Aimée van Baalen von der Bewegung "Letzte Generation", die wegen Straßenblockaden und Lebensmittelwürfen auf Kunstwerke für Kritik sorgt, zu Gast bei der EKD-Synode in Magdeburg. Sie verteidigte dort die umstrittenen Protestformen. Von vielen, aber nicht allen der 128 Delegierten bekam sie stehenden Applaus.

Die Präses der Synode, Anna-Nicole Heinrich, rief im Anschluss Politikerinnen und Politiker auf, dem Beispiel der Kirche zu folgen und ebenfalls mit den Klimaaktivsten der "Letzten Generation" ins Gespräch zu kommen. Die Bewegung dürfe nicht in eine kriminelle Ecke gestellt werden, wo sie einfach nicht hingehöre, sagte sie. Die Anliegen der Aktivisten müssten ernst genommen werden. Sie stellten ihr eigenes Wohl zurück, um "gewaltfreien, zivilen Widerstand" zu leisten.

Dem Rat der EKD gehören 15 Mitglieder an, darunter Bischöfinnen und Bischöfe sowie in der Kirche engagierte Laien. Rachel ist neben der Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Kerstin Griese (SPD), einer der beiden Vertreter aus der Politik in dem Leitungsgremium. Auch Heinrich gehört als Synodenpräses qua Amt dem Rat an.

(/protestantomat)
(/protestantomat)
evangelisch wie... (/protestantomat)
Finde es heraus! (/protestantomat)

Protestant-O-Mat

ANZEIGE

Präses der EKD-Synode: Straßenblockaden sind legitimer Widerstand

Anna-Nicole Heinrich solidarisiert sich mit der Gruppe „Letzte Generation“

Magdeburg (IDEA) – Nach Ansicht der Präses der EKD-Synode, Anna-Nicole Heinrich (Regensburg), sind Straßenblockaden ein legitimes Mittel des zivilen Widerstandes von Klimaaktivisten. Das sagte sie am 8. November bei der EKD-Synode in Magdeburg vor Journalisten. Hintergrund: In den vergangenen Monaten haben radikale Klima-Aktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ mehrfach Hauptverkehrsstraßen blockiert, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. In einigen Fällen wurden Teilnehmer an den Blockaden wegen Nötigung (Paragraf 240 des Strafgesetzbuches) zu Geldstrafen verurteilt. Nötigungen sei aber keine Straftaten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, erklärte Heinrich. Zuvor hatte die Sprecherin der Protestbewegung „Letzte Generation“, Aimée van Baalen (Dresden), vor der Synode um die Unterstützung der evangelischen Kirche geworben. An die Gruppe gerichtet sagte Heinrich: „Wir solidarisieren uns mit euch.“

Rachel: Unzumutbarer Eingriff in die Freiheit

Der EKD-Synodale und Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (Düren), erklärte dagegen, Straßenblockaden wie die der „Letzten Generation“ seien ein unzumutbarer Eingriff in den Freiheitsbereich anderer Menschen. Es sei nicht legitim, aus Gründen des politischen Protests die Freiheit anderer einzuschränken, sagte er auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die Blockaden seien auch nicht durch eine besondere Wichtigkeit des Klimaschutzes gerechtfertigt. „Es gibt in einer Gesellschaft immer viele wichtige Themen. Aber wie etwas geregelt wird, muss im demokratischen Prozess nach den Regeln der Verfassung ausgetragen werden.“ Die EKD-Synode tagt in Magdeburg vom 6. bis 9. November.

— IDEA 09.11.2022

EKD-Synode für Tempolimit in der evangelischen Kirche

Beschlüsse zu Krieg, Einwanderung und „Pkw-Fahrten im kirchlichen Kontext“

Magdeburg (IDEA) – Mit zahlreichen Beschlüssen ist die EKD-Synode am 9. November in Magdeburg zu Ende gegangen. So äußerten sich die 128 Synodalen zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Dieser müsse so schnell wie möglich beendet werden. Am Ende müssten Verhandlungen stehen mit dem Ziel, dass sich die russischen Truppen zurückziehen und die Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird. Nur so werde deutlich, dass militärische Aggression nicht belohnt werde. Ferner hält die Synode es für geboten, „bei allen Pkw-Fahrten im kirchlichen Kontext ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen einzuhalten, um Treibhausgas-Emissionen spürbar zu reduzieren“. Das EKD-Kirchenamt solle dafür eine öffentlichkeitswirksame Kampagne veranlassen. Zudem sprach sich die Synode dafür aus, dass die EKD in allen Gliedkirchen und Einrichtungen bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden soll. In einem weiteren Beschluss sprach sich die Synode für die volle rechtliche Gleichstellung von Einwanderern mittels Einbürgerung aus. Zudem solle grundsätzlich die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht werden. Außerdem fordert die Synode dazu auf, die Rechte von Betroffenen sexueller Gewalt in Verhandlungen vor kirchlichen Gerichtshöfen zu stärken. So sollten sie in Verhandlungen anwesend sein dürfen und ein Fragerecht erhalten. Zudem bittet die Synode den Rat der EKD, „Szenarien für verschiedene Formen der Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche vorzulegen, zu evaluieren und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln“.

— IDEA 09.11.2022

Europäisches Parlament

DR. MARKUS PIEPER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Anna-Nicole Heinrich
Präses der 13. Synode der EKD, Mitglied im
Rat der EKD
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

Brüssel, 10. November 2022

Betreff: Kirchenpolitik

Sehr geehrte Frau Heinrich,

als evangelischer Christ in politischer Verantwortung bitte ich Sie dringend, demokratiefeindlichen Organisationen künftig keine Plattform zu bieten, geschweige denn, deren extreme Positionen zu unterstützen. Die Annäherung der Kirche an die Aktivisten der „Letzte Generation" ist befremdlich und beschämend.

Ebenso dringend bitte ich, die IPCC-Studien einmal selbst zu lesen und nicht blind den Interpretationen der Klima-NGOs und einseitiger Forschungsinstitute zu folgen. Gerne stehe auch ich dazu für einen Austausch zu Verfügung.

Ebenso bitte ich um parteipolitische Zurückhaltung der Kirche. Ihr Eintreten für ein Tempolimit entbehrt wissenschaftlicher Grundlage und ist als kirchliche Selbstverpflichtung in dieser Form erstaunlich.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich stattdessen auf die Verbreitung christlicher Botschaften konzentrieren und die Kirche in diesem Sinne wieder attraktiver machen. Bitte verteilen Sie diesen Brief auch an Ihre Synode.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein Überdenken Ihres Tuns, mehr Spirit im Sinne des Heiligen Geistes und viel mehr Gottvertrauen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper
Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den Ausbau erneuerbarer Energien
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe

Büro Brüssel
Rue Wiertz ASP 15 E 191
B-1047 Brüssel
fon: +32.22845305
fax: +32.22849305

Büro Straßburg
Allée du Printemps LOW T 11 045
F-67000 Straßburg
fon: +33.388175305
fax: +33.388179305

Europabüro Münster
Mauritzstraße 4-6
D-48143 Münster
fon: +49.251.4184241
fax: +49.251.4184242

e-mail: markus.pieper@europarl.europa.eu
www.markus-pieper.eu

Kirche sucht Balance

Von Corinna Buschow (epd)

Magdeburg (epd). Um die Situation der evangelischen Kirche zu beschreiben, wählt eine ihrer höchsten Vertreterinnen das Bild einer Slackline. Das ist ein gurtähnliches Sportgerät, das man zwischen zwei Bäume spannt, um darauf zu balancieren. Die Line wackelt gewaltig. Meist fällt man herunter, bevor man den nächsten Baum erreicht. Selten tut man sich dabei wirklich weh, weil Slacken in der Regel eine Gemeinschaftsaktion ist. Es ist meist jemand da, der einen auffängt. So in etwa will die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auch ihre Kirche verstanden wissen, als „Halt in aller Unsicherheit“, so formuliert es Anna-Nicole Heinrich am Sonntag in Magdeburg.

Bis Mittwoch tagt dort das Kirchenparlament, berät über interne Fragen wie den Haushalt, die eigene Verantwortung beim Thema Klimawandel, die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt, die Friedensethik angesichts des brutalen Kriegs in der Ukraine und über die eigene Rolle in einer Gesellschaft, in der immer weniger Menschen zu einer Kirche gehören. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung ist inzwischen Mitglied einer Kirche.

Die Synode tagt dort, „wo es deutschlandweit die wenigsten Christen gibt“, sagte die Kulturministerin Sachsen-Anhalts, Eva Feußner (CDU), in ihrem Grußwort zu Beginn der Tagung am Sonntag. Sie appellierte zugleich: „Lassen Sie sich nicht davon abschrecken!“ Die Kirche werde gebraucht.

Das sieht freilich auch die Ratsvorsitzende der EKD, Annette Kurschus, so. Seit einem Jahr ist sie die höchste Repräsentantin der 19,7 Millionen deutschen Protestanten. Vor ihrer Wahl hatte die evangelische Kirche gerade einen umfangreichen Reformprozess beschlossen. Fragen nach der eigenen Relevanz bestimmten nahezu jede Synodentagung.

Kurschus will nun einen anderen Akzent setzen. Die Frage, wozu die Kirche gebraucht werde, „stellt eine Falle“, sagte sie in ihrem Bericht vor der Synode. „Sie verführt dazu, permanent um unsere eigene Relevanz zu kreiseln“, warnte die westfälische Präses. Die evangelische Theologin sprach sich dafür aus, sich aus „vertrauten Denkmustern“ und „bewährten Traditionen“ hinauszubewegen. „Ins Tiefe“ will sie sich wagen, sagte sie. Auch das klingt ein bisschen nach Slackline.

Vor wenigen Tagen hatte Kurschus mit einem Appell für Gespräche über einen Waffenstillstand in der Ukraine für Aufsehen gesorgt. Der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hatte sie dafür scharf kritisiert. Am Sonntag bekräftigte Kurschus unbeirrt ihre Haltung. Diplomatische Bemühungen, um einen Waffenstillstand zu ermöglichen, müssten zwingend hinzukommen zur Solidarität mit der Ukraine und deren militärischer Unterstützung. Letztere stellt Kurschus nicht infrage, anders als der EKD-Friedensbeauftragte Friedrich Kramer, der sein Nein zu Waffenlieferungen am Sonntag nochmals bekräftigte.

An einem hochaktuellen und kontroversen Thema mangelt es der Synode in Magdeburg damit nicht. Auch ein besonderer Gast wird erwartet: Die Synode hat die Klimaaktivistin Aimée van Baalen eingeladen. Sie ist Vertreterin der Bewegung „Letzte Generation“, die mit Straßenblockaden, Farbattacken auf Parteizentralen und Lebensmittelwürfe auf Kunstwerke

für Schlagzeilen und Kritik sorgt. Kurschus deutete zudem an, dass sie und andere Vertreterinnen und Vertreter der Kirche bei einer für Montag in Magdeburg angekündigten Demonstration gegen die Energiepolitik der Bundesregierung das Gespräch suchen wollen.

Statt nur über Relevanz zu reden, wollen die Spitzenrepräsentantinnen der Kirche bei der Synode in Magdeburg auch Relevanz beweisen. „Wir werden gebraucht als Institution“, betonte Kurschus vor den 128 Synodalen. Auch deshalb, so kann man sie verstehen, muss sich die Kirche reformieren und entwickeln - oder, wenn man es mit den Worten der Präses Heinrich sagt: „fortbewegen, selbst wenn die Slackline unter uns wackelt“.

epd co kfr

▲INHALT

Kirchliche Appelle zur Unterstützung der Klimabewegung

Magdeburg (epd). Führende Vertreter der evangelischen Kirche haben am Wochenende für mehr kirchliche Unterstützung der Klimabewegung geworben. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sagte in Magdeburg, die Kirche schulde dieser Bewegung die moralische Unterstützung. Das bedeute jedoch nicht, dass man alle Maßnahmen und Protestaktionen verteidigen müsse, sagte der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) bei der Jahrestagung der evangelischen Kirche mit Bezug auf Aktionen der „Letzten Generation“.

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, sagte, sie habe ein gespaltenes Verhältnis zu den Klima-Protesten der „Letzten Generation“. Sie sei natürlich erschüttert, wenn Protestaktionen Menschen gefährdeten, sagte sie. Aber sie frage sich auch, wie verzweifelt diese jungen Menschen sein müssten, um solche radikalen Formen zu wählen. „Dass solche Aktionen jetzt gewählt werden, müsste uns als Gesellschaft aufrütteln“, sagte die westfälische Präses.

Die Präses der EKD-Synode, Anna-Nicole Heinrich, kündigte an, dass die Klimaaktivisten Aimée van Baalen von der „Letzten Generation“ im Lauf der Synodentagung bis Mittwoch Raum für einen Redebeitrag bekommen werde. Am Sonntag begann auch die Weltklimakonferenz im ägyptischen Scharm el Scheich.

Die „Letzte Generation“ hatte zuletzt mit Farbattacken auf Parteizentralen, Verkehrsblockaden durch Festkleben an Asphalt und Brei-Würfe auf Kunstwerke für Schlagzeilen gesorgt. Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, der Kurschus Amtsvorgänger ist, hatte die Proteste als „komplett kontraproduktiv“ abgelehnt.

Die Bischöfin der Nordkirche, Kristina Kühnbaum-Schmidt, plädierte für einen Begriffswandel: „Wir sollten nicht von Klimakrise, sondern von einer humanitären Krise sprechen.“ Meister sagte, wenn man die Phänomene einer Menschheitskrise sehe und die Stimme der jüngeren Generation höre, wisse man, dass sie das Recht für sich in Anspruch nehme, was auch andere Generationen für sich beansprucht hätten, als sie jung waren und Gewohnheiten des Systems radikal infrage stellten. Die junge Generation tue das heute wieder - in einer „radikalen Form der Anfrage, die adäquat ist zu den Herausforderungen, in der wir nicht nur als Gesellschaft, sondern als Menschheit stehen“.

Meister sagte, Vergleiche etwa von Aktivisten der „Letzten Generation“ mit der linksterroristischen RAF seien nicht hilfreich. Sie leisteten einer möglichen Radikalisierung sogar Vorschub.

Melissa Streicher von der evangelischen Jugend der Nordkirche sagte, die Klimabewegung brauche auch Räume in der Kirche. Es brauche auch mehr Begegnung auf Augenhöhe, verlangte sie von den Kirchenleitenden. „Wir schaffen es nicht alleine“, sagte sie angesichts der Herausforderungen durch den Klimawandel. „Wir sind eben nur ein Teil der Gesellschaft.“

Die 128 Delegierten der EKD-Synode beraten noch bis Mittwoch in Magdeburg über Klimaschutz, Aufarbeitung sexualisierter Gewalt und evangelische Friedensethik angesichts des Ukraine-Kriegs.

epd hei kfr

▲INHALT

EKD-Friedensbeauftragter bleibt bei Nein zu Waffen für Ukraine

Magdeburg (epd). Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Friedrich Kramer, hat seine ablehnende Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine wiederholt. Im Eröffnungsgottesdienst zur EKD-Synodentagung am Sonntag in Magdeburg sagte der mitteldeutsche Bischof: „Müssen wir nicht um der Gerechtigkeit und Nächstenliebe willen helfen? Das ist klar. Aber auch mit Waffen? Ich sage Nein.“ Er fügte unmittelbar hinzu: „Aber können wir einem ungerechten Frieden zustimmen?“

Kramer, der in dem vom ZDF übertragenen Gottesdienst in dieser Passage vom veröffentlichen Redemanuskript abwich, räumte ein: „Wir spüren, dass die Antworten uns zerreißen und unglücklich machen.“ Die Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine ist innerhalb der EKD strittig, noch am Reformationstag hatte die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus in ihrer Predigt Verständnis für die Waffenlieferungen geäußert.

Kramer forderte in seiner Predigt mehr Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse armer und schwacher Menschen. „Schnell haben wir Milliarden für Rüstung ausgegeben. Mit der Hälfte allein der deutschen Rüstungsausgaben ließe sich der stark gestiegene Hunger in der Welt eindämmen“, sagte er im Magdeburger Dom. Aber dafür reiche die Macht der Hungernden nicht aus.

Wenn man arm sei, werde man oft nicht an Entscheidungen beteiligt, da man für das Aushandeln von Interessen keine Macht und keinen Einfluss habe. „Jesus preist die Armen und Trauernden selig, und wenn wir entscheiden, gilt es, achtsam und respektvoll mit den Armen und Traurigen umzugehen und ihre Perspektive mit hineinzunehmen in unser Nachdenken. Wir sollten ihre Stimme sein“, sagte Kramer.

Die 128 Delegierten der Synode beraten bis Mittwoch in Magdeburg unter anderem über den Haushalt, kirchlichen Klimaschutz und die Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in der Kirche.

epd hei/kfr co

▲INHALT

Evangelische Kirche ringt weiter um Position zu Waffenlieferungen

Magdeburg (epd). In der evangelischen Kirche gehen die Meinungen über Waffenlieferungen an die Ukraine weiter auseinander. Die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus bezeichnete sie am Sonntag zu Beginn der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Magdeburg als richtig und lebensrettend. Der EKD-Friedensbeauftragte und mitteldeutsche Bischof Friedrich Kramer bekräftigte seine ablehnende Haltung. „Ich sage Nein“, sagte er zu dem Thema im Eröffnungsgottesdienst der Synode. Die friedensethische Debatte gehört zu den Schwerpunkten der Synodentagung.

Kurschus wiederholte in Magdeburg auch ihre Forderung, Wege zu einem Waffenstillstand zu suchen. „Waffen helfen, sich zu wehren und zu verteidigen, sie können Leben retten, das ist sehr viel“, sagte Kurschus in ihrem Bericht an das Kirchenparlament. Waffen allein schüfen aber keinen Frieden. „Frieden kann erst werden, wenn die Waffen schweigen und Gespräche möglich sind“, sagte sie.

Kurschus führte vor den 128 Synodalen aus, diplomatische Bemühungen, um einen Waffenstillstand zu ermöglichen, müssten zwingend hinzukommen zur Solidarität mit der Ukraine und deren militärischer Unterstützung. Leider stoppe Wladimir Putin die Angriffe nicht dadurch, dass man es fordere. Darum habe sie am Reformationstag dafür geworben, das Gespräch nicht zu verachten und dem geistesgegenwärtigen Wort etwas zuzutrauen, sagte die oberste Repräsentantin der rund 19,7 Millionen deutschen Protestanten.

Kurschus' Predigt zum Reformationstag hatte Kritik unter anderem beim ehemaligen ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hervorgerufen. Forderungen, Wege zu Gesprächen über einen Waffenstillstand zu suchen, seien herzlos. Für die Ukraine ist es aus seiner Sicht zu früh, Gespräche mit Russland zu führen.

Kurschus entgegnete, der Ruf nach diplomatischen Bemühungen sei weder herzlos noch ignorant gegenüber den Menschen in der Ukraine. „Im Gegenteil. Er ist nüchtern realistisch und höchst aufmerksam für die Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges“, sagte die westfälische Präses. Gespräche auf unterschiedlichsten Ebenen dürften niemals für unmöglich erklärt werden.

Aus der Synode, der Haupt- und Ehrenamtliche aus der Kirche angehören, bekam Kurschus Unterstützung für ihre Haltung. Der Journalist Arnd Henze sagte unter Applaus anderer Synodaler: „Wir stehen alle hinter Ihnen.“ Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne), sagte, sie setze sich als evangelische, in der DDR sozialisierte Christin für Waffenlieferungen ein. „Es gibt keinen ungerechten Frieden, dann wäre es kein Frieden“, betonte sie.

Das evangelische Kirchenparlament tagt bis Mittwoch in Magdeburg. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Beratungen über den Haushalt, die eigene Verantwortung der Kirche für mehr Klimaschutz und die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt. Das in diesem Jahr gegründete Forum zur verbindlichen Beteiligung Betroffener an Entscheidungen zu

Prävention und Aufarbeitung von Missbrauch soll noch die formelle Legitimation der Synode erhalten, wie die Präses der Synode, Anna-Nicole Heinrich, erklärte. Ein zuvor etablierter Betroffenenbeirat war gescheitert. Um das Thema Friedensethik wird es erneut am Montagnachmittag gehen.

epd hei/co kfr

▲INHALT

Catholica-Bischof Manzke würdigt Synodalen Weg als "richtungsweisend"

Magdeburg (epd). Der evangelische Ökumene-Bischof Karl-Hinrich Manzke hat den Synodalen Weg der katholischen Kirche in Deutschland als „richtungsweisend“ gewürdigt. Dieser habe nicht nur die Diskussionskultur der katholischen Kirche „maßgeblich verändert“, erläuterte der schaumburg-lippische Landesbischof am Sonntagabend in seinem vorgelegten Catholica-Bericht vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

Die katholische Kirche befinde sich weltweit in einem Reformprozess, erläuterte der Catholica-Beauftragte der VELKD und verwies auf synodale Wege unter anderem in der Schweiz, Spanien, Italien, der Karibik und in Argentinien. Dieser Prozess müsse für die katholische Weltkirche bei der Bischofssynode 2023 zusammengebunden werden.

Weiter stellte Manzke fest, dass die katholische Kirche angesichts der Fehler im Umgang mit sexualisierter Gewalt in Deutschland mit einem großen Vertrauensverlust konfrontiert sei. Die „Vertrauenskrise“ betreffe jedoch auch die Protestanten. Es bestehe eine „Haftungsgemeinschaft evangelischer und katholischer Kirchen“, betonte Manzke.

Beide Kirchen sollten „in ökumenischer Entschiedenheit Kirche für andere sein“, appellierte er. Als Beispiele nannte er die gemeinsame Gestaltung und Weiterentwicklung des konfessionellen Religionsunterrichts, die Seelsorge in der Bundespolizei, die Kooperation von Diakonie und Caritas sowie gemeinsame ethische Stellungnahmen.

Auch der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung sprach in seinem Ökumene-Bericht von einer „Glaubwürdigkeitskrise“ der Kirchen. Dieser Ansehensverlust zeige sich etwa daran, dass nur wenige junge Menschen ein Theologiestudium beginnen. Zudem würden konfessionelle Bindungen und die konfessionelle Sprachfähigkeit geringer.

Zugleich lobte Jung die ökumenische Zusammenarbeit auf allen kirchlichen Ebenen. „Ökumene ist vielerorts der Normalzustand“, betonte der Kirchenpräsident, der dem Rat der EKD angehört.

Die EKD-Synode hatte am Sonntagvormittag mit einem Gottesdienst im Magdeburger Dom begonnen. Sie wird noch bis Mittwoch fortgesetzt.

epd ucm kfr

▲INHALT

Konfessioneller Bund UEK beschließt strukturelle Veränderung

Magdeburg (epd). Innerhalb der evangelischen Kirche gibt es eine strukturelle Veränderung. Mit großer Mehrheit stimmte die Vollkonferenz der Union Evangelischer Kirchen (UEK) am Montag in Magdeburg dafür, ihren konfessionellen Bund bis 2027 weitgehend in den Amtsbereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu integrieren. Das sei eine wichtige strukturelle Veränderung, die von Formalia entlaste, erläuterte der UEK-Vorsitzende, der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung.

Die Vollkonferenz wird damit künftig nicht mehr wie bislang jährlich tagen, wie Jung weiter erklärte. Es werde ein Konvent gebildet, in dem theologische Fragen beraten werden sollen. Die konfessionelle Pluralität innerhalb der evangelischen Kirche bleibe damit erhalten. Eine Auflösung der UEK zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet der Beschluss Jung zufolge ohnehin nicht. Zum Ende der Amtsperiode 2027 werde die Vollkonferenz nochmals zusammenkommen, um endgültig über die Integration in die EKD zu beraten. Auch bis dahin könne die Vollkonferenz einberufen werden, wenn dies notwendig werde.

Die UEK ist ein Zusammenschluss von zwölf Landeskirchen, zu denen etwa zehn Millionen Christinnen und Christen gehören. Diese überwiegend unierten Kirchen gingen aus dem Zusammenschluss reformierter und lutherischer Kirchen im 19. Jahrhundert in Preußen und anderen deutschen Ländern hervor. Die Vollkonferenz ist das höchste Gremium der UEK. Sie tagt bislang parallel mit der Synode der EKD, die derzeit in Magdeburg stattfindet.

Das Gegenüber der UEK ist die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD), der sieben lutherische Landeskirchen angehören. Dieser konfessionelle Bund will seine Selbstständigkeit nicht aufgeben. Die VELKD beziehe ihre Existenzberechtigung nicht aus dem Gegenüber, sagte der Präsident der VELKD-Generalsynode, Matthias Kannengießer. Solange der Bund durch die in der VELKD vertretenen Gliedkirchen so getragen werde, werde die Arbeit fortgesetzt, betonte er.

Die Vollkonferenz der UEK stimmt seit 2007 alle sechs Jahre über das Fortbestehen der UEK ab. 2019 hatte die Vollkonferenz in Dresden für eine Verlängerung ihrer Amtszeit bis 2027 gestimmt. Nun könnte es die letzte Amtszeit sein. Die Entscheidung in Magdeburg fiel mit 82 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme.

Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) mahnte indes bei ihrer Tagung am Montag mehr kirchlichen Einsatz für den Klimaschutz an. Die Synodalen forderten die sieben Gliedkirchen und die Tagungshäuser der VELKD auf, „sich beharrlich und entschieden weiter für Klimagerechtigkeit zu engagieren“, heißt es in einer Entschließung.

Die Verantwortung der Kirchen für den Klimaschutz wird am Dienstag auch bei der EKD-Synode beraten. Für Montagnachmittag stand das derzeit in der evangelischen Kirche kontrovers diskutierte Thema Friedensethik auf der Tagesordnung der EKD-Synode. Zudem sollte über den Haushalt der EKD beraten werden.

epd hei/ucm/co ug

▲INHALT

Evangelische Friedensethik soll auf den Prüfstand

Von Franziska Hein (epd)

Magdeburg (epd). „Verleih uns Frieden gnädiglich“ - dieser Friedensruf, den einst der Reformator Martin Luther (1483-1546) verfasste, ist in diesen Tagen in Magdeburg bei der Jahrestagung des evangelischen Kirchenparlaments aller Orten zu hören. Er ist Ausdruck einer Sehnsucht, die angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine nicht nur innerhalb der Kirchen Aktualität erlangt.

Magdeburg steht selbst für eine Geschichte, die geprägt ist von Verlust und Zerstörung. Daran erinnerte am Montag der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Magdeburger Landesbischof Friedrich Kramer. Der Begriff „Magdeburgisieren“ sei nach der Zerstörung und grausamen Auslöschung von fast zwei Dritteln der Stadtbevölkerung im Jahr 1631 während des 30-jährigen Kriegs als Synonym für „völlig zerstören“ in die deutsche Sprache eingegangen. Heute könnten die ukrainischen Städte Butscha oder Saporischschja an dieser Stelle stehen.

Der russische Angriff am 24. Februar hat eine innerkirchliche Debatte über Friedensethik anstoßen. Viele fragen sich, ob die Friedensdenkschrift von 2007 noch zeitgemäß ist. Auf der einen Seite steht der Friedensbeauftragte Kramer. Der mitteleutsche Bischof bekräftigt am Montag seine Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine. Er trete dafür ein, dass die evangelische Kirche ihren Einsatz für Frieden und Gewaltlosigkeit gerade jetzt fortführe.

Auf der anderen Seite stehen etwa die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, die Waffenlieferungen für legitim hält, zugleich aber auch Bemühungen um diplomatische Lösungen und Gespräche fordert.

Nach dem Willen von Kramer soll die Vielstimmigkeit der protestantischen Positionen zur Friedensethik harmonisiert werden. Dazu schlägt er eine „Friedenswerkstatt“ vor, die mithilfe eines mehrstufigen Verständigungsprozesses über eine Neuausrichtung der Friedensdenkschrift von 2007 entscheiden soll. Die Denkschrift betont unter dem Leitbegriff des „gerechten Friedens“, dass zur Wahrung und Wiederherstellung des Rechts unter Umständen auch militärische Gewalt gerechtfertigt ist.

Ein erster Grundlagentext der geplanten „Friedenswerkstatt“ könnte 2025 vorliegen, wenn sie ihre Arbeit Anfang 2023 aufnehmen kann. Das Konzept stammt maßgeblich aus dem Verein Friedensarbeit in der EKD, in dem sich die Akteure der protestantischen Friedensbewegung versammeln.

Die frühere Synodenpräses der EKD und Bundesministerin Irmgard Schwaetzer mahnt an, dass nicht nur die Perspektive der evangelischen Friedensbewegung im Prozess gehört werden dürfe, sondern man auch mit realpolitischen Akteure sprechen solle, die Einblicke in die konkreten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg hätten. Sie befürchte sonst eine Einseitigkeit des Prozesses, sagte sie dem Evangelischen Pressedienst (epd). Auch der Synodale und Generalmajor der Bundeswehr, Ruprecht von Butler, mahnte die Ausgewogenheit des Gremiums in der kontroversen Aussprache zu Kramers Bericht an. Es sei wichtig, einige Positionen von 2007 zu überdenken.

Auf den Prüfstand müsse dann auch die Haltung zur nuklearen Abschreckungslogik, betonte von Butler. „Davor darf die evangelische Kirche sich nicht drücken“, sagte er.

Eine Friedenskundgebung von 2019 enthält einen vorsichtigen Appell der Synode an die Bundesregierung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Das hätte zur Folge, dass Deutschland aus der Nato austreten müsste. Auf diese Konsequenz hatte damals Irmgard Schwaetzer maßgeblich hingewiesen.

Die Synode müsse sich selbstkritisch fragen, ob die Überzeugungen und Gewissheiten, die im Herbst 2019 galten, drei Jahre später noch gelten können, heißt es auch in einem Antrag, den der Synodale und Jurist Hans-Peter Strenge am Sonntag einbrachte.

Zu welchen Positionen die Synode und Rat der EKD sich schließlich durchringen, einig dürften sich alle in dem Dilemma sein, auf das auch der Friedensbeauftragte am Montag hinwies: „Wir kommen nicht schuldlos aus diesen Fragen heraus, weil der Krieg das Böse selbst ist.“

epd hei kfr

▲INHALT

Evangelische Friedensethik wird überprüft

Magdeburg (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) will infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ihre friedensethischen Positionen überdenken. Wie der EKD-Friedensbeauftragte Friedrich Kramer am Montag bei der EKD-Synode in Magdeburg sagte, soll eine sogenannte Friedenswerkstatt 2023 ihre Arbeit aufnehmen. Sie soll die Denkschrift aus dem Jahr 2007, die bislang Grundlage für die friedensethische Haltung der evangelischen Kirche ist, überprüfen und gegebenenfalls ergänzen oder gänzlich neu fassen.

Ein neuer Grundlagentext aus der „Friedenswerkstatt“ könnte bis 2025 vorliegen. Viele Synodale ließen erkennen, dass sie das Konzept befürworten, sich davon jedoch eine Revision der Friedensdenkschrift an einigen Stellen erhoffen.

In der evangelischen Kirche gibt es seit Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar eine heftige Debatte über ethische Fragen, etwa über deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine. Der EKD-Friedensbeauftragte Kramer hat von Beginn an Waffenlieferungen abgelehnt, andere wie etwa die Ratsvorsitzende der EKD, Annette Kurschus, befürworten Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung der Ukraine.

Kramers pazifistische Haltung stößt innerhalb der evangelischen Kirche angesichts des Kriegs in der Ukraine auf viel Kritik. Der Journalist Arnd Henze sagte als Reaktion auf den Bericht, er fürchte, dass die evangelische Kirche die Anschlussfähigkeit an die Realität verliere, „wenn wir in einem schmutzigen Krieg an der Sehnsucht nach einer sauberen Ethik festhalten“.

Bundeswehr-Generalmajor Ruprecht von Butler sagte, die evangelische Kirche dürfe sich, wenn sie in der Mitte der Gesellschaft stehen wolle, auch vor der Frage der Abschreckung nicht drücken. Butler stellte dabei die Frage in den Raum, ob die Ukraine heute in der Situation wäre, wenn sie ein Abschreckungspotenzial wie andere Staaten gehabt hätte.

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) entgegnete Kramer, der von einem „aggressiven Okkupationskrieg“ gegen die Ukraine sprach, es gehe nicht nur um Okkupation. Es gehe um den Wunsch nach Vernichtung eines Volkes, von Kultur, Sprache und Identität, sagte sie. Das müsse die evangelische Kirche bei ihren ethischen Überlegungen berücksichtigen.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion und frühere Bundesminister Hermann Gröhe betonte, die pazifistische Position, wie Kramer sie stark mache, gehöre selbstverständlich „zu uns als Christinnen und Christen“. Gröhe sagte, innerhalb der Kirche hätten es andere Haltungen als diese jedoch seit 30 Jahr schwer gehabt. Er könne alle Friedensgebete mitbeten, müsse ihnen aber auch die Bitte hinzufügen, dass die Befreiung der Stadt Cherson bis zum Winter gelinge.

Im Anschluss an die Debatte über die Friedensethik brachte der Finanzexperte im EKD-Rat, der Unternehmer Andreas Barner, den Haushalt ein. Der Etat der EKD, der sich wesentlich aus Umlagen der 20 Landeskirchen speist, soll im nächsten Jahr rund 247 Millionen Euro umfassen, nach 246,1 Millionen im laufenden Jahr. Über den Haushalt müssen die 128 Delegierten am Mittwoch zum Abschluss der Tagung abstimmen.

Barner verwies in seine Einbringungsrede mehrfach auf die Risiken der Inflation. Die Haushälter in der evangelischen Kirche gehen davon aus, dass selbst bei einem nominalen Kirchensteuerplus die finanziellen Möglichkeiten wegen des Kaufkraftverlustes sinken.

epd hei/co kfr

▲INHALT

Evangelische Kirche sucht Gespräch mit "Letzter Generation"

Magdeburg (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sucht das Gespräch mit der „Letzten Generation“. Bei einer Rede vor der EKD-Synode am Dienstag in Magdeburg verteidigte die Klimaaktivistin Aimée van Baalen die umstrittenen Proteste.

Menschen setzten ihre körperliche Unversehrtheit, ihre berufliche und familiäre Zukunft sowie ihren Alltag aufs Spiel, „weil alle anderen Protestformen erschöpft wurden“, sagte die Vertreterin der Bewegung, die mit Straßenblockaden und Lebensmittelattacken auf Kunstwerke für Kritik sorgt. Man greife zu diesen Protestformen, weil warnende Stimmen weiterhin ignoriert würden und „weil wir Zuversicht und Nächstenliebe im Herzen tragen“.

Rund 15 Minuten bekam die Aktivistin das Podium, um ihre Beweggründe und Forderungen vorzutragen. Van Baalen beendete ihre Rede mit dem Satz: „Vielen Dank, dass Sie sich solidarisieren.“ Ein größerer Teil der Delegierten des Kirchenparlaments antwortete ihr danach mit stehendem Applaus.

Synodenpräses Anna-Nicole Heinrich rief im Anschluss Politikerinnen und Politiker auf, dem Beispiel der Kirche zu folgen und ebenfalls mit den Klimaaktivsten der „Letzten Generation“ ins Gespräch zu kommen. Die Bewegung dürfe nicht in eine kriminelle Ecke gestellt werden, wo sie einfach nicht hingehöre, sagte die 26 Jahre alte Heinrich vor Journalisten. Ihre

Anliegen müssten ernst genommen werden. Die Aktivisten stellten ihr eigenes Wohl zurück, um „gewaltfreien, zivilen Widerstand“ zu leisten.

In der vergangenen Woche war nach einem Unfall einer Radfahrerin in Berlin ein Spezialfahrzeug der Feuerwehr in einem mutmaßlich von Aktivisten mitverursachten Stau stecken geblieben. Das hatte die Diskussion um die Protestformen der Bewegung erneut befeuert, die Radfahrerin erlag ihren Verletzungen.

Van Baalen rief als Vertreterin der „Letzten Generation“ die evangelische Kirche auf, ihre Bewegung und deren Ziele zu unterstützen. „Wir brauchen die evangelische Kirche auf unserer Seite“, sagte sie. Sie habe die Möglichkeit, ihre Stimme für die besonders durch den Klimawandel bedrohten Menschen im globalen Süden zu erheben. Die Kirche müsse zudem darauf bestehen, dass die Bundesregierung ihre eigenen Klimaziele einhalte. Die Regierung rede viel, „leider handelt sie nicht entsprechend“, sagte van Baalen.

Für die Blockade von Autobahnen entscheide sich die „Letzte Generation“ nicht leichtfertig, sagte van Baalen und betonte, dabei werde die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet. „Wir haben immer und ausnahmslos eine Rettungsgasse“, sagte sie.

Bei den internationalen Verhandlungen zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase mangelt es nach Ansicht der Bischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt am Willen zur Umsetzung. Der Menschheit fehle es nicht an wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Klimawandel und Beschlüssen zu dessen Bekämpfung, sagte die Beauftragte der EKD für Schöpfungsverantwortung bei der Synodentagung. Was aber fehle, sei der Wille zu verantwortlichem Handeln.

Seit Jahren gebe es ambitionierte Klimaziele, sagte Kühnbaum-Schmidt auch mit Blick auf die derzeit stattfindende UN-Klimakonferenz im ägyptischen Scharm el Scheich. Der CO2-Ausstoß gehe aber nicht zurück, sondern steige sogar - „nicht, weil Ziele nicht ambitioniert genug sind, sondern weil die Umsetzung nicht gelingt“, sagte die Bischöfin der Nordkirche. Sie vermisst nach eigenen Worten einen „globalen Gemeinsinn“ beim Klimaschutz

epd kfr ug

▲INHALT

Evangelische Synode legt sich bei Waffenlieferungen nicht fest

Magdeburg (epd). Mit einer Solidaritätsbekundung für die Ukraine ist am Mittwoch die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu Ende gegangen. Zum Abschluss seiner Jahrestagung vermied das Kirchenparlament allerdings eine Festlegung zu den innerkirchlich umstrittenen deutschen Waffenlieferungen. Die Synode stellte sich zudem hinter politische Bemühungen um ein Tempolimit auf deutschen Straßen, vermied aber auch hier eine konkrete Positionierung. Die Präses der Synode, Anna-Nicole Heinrich, zog ein positives Fazit der viertägigen Beratungen.

In einem Beschluss hielten die 128 Synodalen fest, dass innerkirchlich kontrovers darüber gestritten wird, „welche konkreten Mittel zur Unterstützung der Ukraine geeignet und ethisch zu rechtfertigen sind“. „Uns eint dabei das Bewusstsein, dass dieser Krieg so schnell wie möglich über Verhandlungen beendet werden muss“, erklärte die Synode. Am Ende müssten Verhandlungen stehen, „die einen Rückzug der russischen Truppen und die Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine zum Ziel haben“.

Heinrich sagte, die unterschiedlichen Positionen zu Krieg und Frieden seien deutlich geworden. Es gehe nicht nur um Waffenlieferungen, sondern um eine Gesamtperspektive, die in dem Beschluss deutlich werde. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar debattiert die evangelische Kirche über friedensethische Fragen, etwa ob es geboten ist, Waffen zu liefern.

In einem auf mehrere Jahre angelegten Gesprächsprozess will die EKD prüfen, ob ihre Friedensdenkschrift aus dem Jahr 2007 noch zeitgemäß ist. Ein neuer Grundlagentext aus der „Friedenswerkstatt“ könnte bis 2025 vorliegen.

Nach kontroverser Debatte verabschiedete die Synode eine Entschließung, wonach sie politische Bemühungen um ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Straßen unterstützt. Dieses solle höchstens 120 km/h betragen, hieß es. Zugleich soll bei Fahrten im kirchlichen Kontext ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen eingehalten werden. Im ursprünglichen Antrag war noch ein allgemeines Tempolimit von 100 auf Autobahnen und 80 auf Landstraßen gefordert worden.

Die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus warnte davor, dass die evangelische Kirche „zu sehr mit einem moralischen Ton“ auftritt. „Das geht nach hinten los“, sagte sie. „Dann sind wir wieder die, die als Moralisten dastehen“, fügte die westfälische Präses hinzu. Sie empfahl daher, die Selbstverpflichtung für Dienstfahrten zu betonen und beim allgemeinen Tempolimit auf die politischen Bemühungen zu verweisen.

Die Synode verpflichtete sich zum Abschluss ihrer Jahrestagung in einem einstimmig angenommenen Antrag selbst, dass alle kirchenpolitischen Beschlüsse auf Ebene der EKD zum Umgang mit sexualisierter Gewalt zunächst im neuen Beteiligungsforum beraten werden, in dem Missbrauchsbetroffene zusammen mit Kirchenvertretern beraten. Zudem soll eine dauerhafte und angemessene Finanzierung des Beteiligungsforums sichergestellt werden.

Das Forum war im Sommer gebildet worden. Mitglieder hatten der Synode am Dienstag über ihre Arbeit berichtet. Heinrich sprach von einem „konstruktiven Weg“, der nun eingeschlagen worden sei.

epd hei kfr

▲INHALT

Beschlüsse der EKD-Synode

Magdeburg (epd). Am letzten Tag der Beratungen haben die Delegierten des Kirchenparlamentes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Magdeburg zahlreiche Beschlüsse zu gesellschaftlichen Themen gefasst, darunter ein Appell für ein Tempolimit, Beschlüsse zur weiteren Aufarbeitung sexualisierter Gewalt und zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

HAUSHALT UND FINANZEN: Der Etat der EKD, der sich wesentlich aus Umlagen der 20 Landeskirchen speist, soll im nächsten Jahr rund 247 Millionen Euro umfassen, nach 246,1 Millionen im laufenden Jahr. Das beschloss die Synode am Mittwoch einstimmig.

BETEILIGUNGSFORUM: Die Synode hat sich in einem einstimmig angenommenen Antrag selbst verpflichtet, dass alle kirchenpolitischen Beschlüsse auf Ebene der EKD zum Umgang mit sexualisierter Gewalt zunächst im Beteiligungsforum beraten werden. Zudem soll eine dauerhafte und angemessene Finanzierung des Beteiligungsforums sichergestellt werden.

SEXUALISIERTE GEWALT: Das Kirchenamt der EKD soll auf einstimmigen Wunsch der Synode das Disziplinargesetz der EKD so ändern, dass Betroffene mehr Rechte in den Disziplinarverfahren gegen Täter erhalten. Betroffene sollen etwa rechtliche Beratung und ein Informationsrecht erhalten.

UKRAINE: In einem einstimmig beschlossenen Antrag hat die Synode zwar ihre Solidarität mit der Ukraine bekundet, hielt aber zugleich fest, dass innerkirchlich kontrovers darüber gestritten wird, „welche konkreten Mittel zur Unterstützung der Ukraine geeignet und ethisch zu rechtfertigen sind“. Eine Positionierung zu deutschen Waffenlieferungen vermied das Kirchenparlament.

MIGRATION: Die Synode hat den Rat der EKD beauftragt, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Bundesprogramm zur Aufnahme gefährdeter Afghanen ausreichend und langfristig finanziert wird, weitere alternative Fluchtwege aus Afghanistan geschaffen werden sowie ein großes Aufnahmekontingent für Deutschland über das UNHCR-Resettlement-Programm aufgebaut wird. Auch Hürden im Familiennachzug für afghanische Familienmitglieder müssten abgebaut werden.

FLÜCHTLINGE: Die Synode warnt laut einem einstimmig beschlossenen Antrag davor, die Situation der geflüchteten ukrainischen Staatsbürger gegen die Situation anderer Geflüchteter auszuspielen. Sie bittet den Rat der EKD, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, im Rahmen einer humanitären Flüchtlingspolitik Asylverfahren zu beschleunigen, damit Menschen schneller einen Aufenthaltstitel erhalten. Außerdem spricht sich die Synode für einen „Spurwechsel“ von Geflüchteten aus, wenn sie einen Arbeitsplatz

haben und dauerhaft in Deutschland bleiben wollen. Zudem appellierte das Kirchenparlament, dass die völkerrechtswidrige Praxis der Pushbacks von Geflüchteten zurück an die libysche Küste oder von den ägäischen Inseln zurück in türkische Gewässer öffentlich skandalisiert und unterbunden wird und dass die italienische Regierung Geflüchteten, deren Schiffe an den Küstenstädten angelegt haben, Aufnahme und die Beantragung eines Asylverfahrens gewährt.

KLIMANEUTRALITÄT: Die Synode hat in einem Beschluss die 20 evangelischen Landeskirchen dazu aufgefordert, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen. Zudem soll der Synode jährlich über Fortschritte berichtet werden. Die Delegierten erwarten laut dem einstimmigen Beschluss, dass die Fortschrittsberichte konkrete Maßnahmen benennen, wie mögliche Umsetzungsrückstände zeitnah aufgeholt werden können.

TEMPOLIMIT: Die Synode stellt sich hinter politische Bemühungen um ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Straßen. Dieses solle höchstens 120 km/h betragen, heißt es in dem Beschluss, der bei einer Nein-Stimme und wenigen Enthaltungen angenommen wurde. Zugleich soll bei Fahrten im kirchlichen Kontext ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen eingehalten werden. Auf der nächsten Synodentagung im November 2023 soll das Thema Klimaschutz und Mobilität auf die Agenda.

ERNÄHRUNG: Die Synode hat den Rat der EKD durch einen Beschluss beauftragt, sich gegenüber der Bundesregierung und den EU-Institutionen für eine gerechte Verteilung von Nahrungsmitteln weltweit einzusetzen. So sollen agrarökologische Ansätze gefördert werden, die Abhängigkeiten von Energie, Düngemitteln und Pestiziden reduzieren.

ARMUT: Die Synode hat die Politik aufgefordert, ein Instrument wie das Bürgergeld zu entwickeln, durch das soziale Teilhabe gesichert werden soll. Es soll Qualifizierung und dadurch nachhaltige Vermittlung in Arbeit stärken und alle bisherigen Bezieher von Grundsicherung aus Altersgründen oder Erwerbsunfähigkeit einschließen. Zudem soll es den sozialen Arbeitsmarkt langfristig sichern und das Recht auf bezahlbaren und sicheren Wohnraum verwirklichen.

epd hei kfr

▲INHALT

EKD ringt weiter um Aufarbeitung sexualisierter Gewalt

Von Franziska Hein (epd)

Magdeburg (epd). Die Erwartungen an die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) waren im vergangenen Jahr groß, endlich Fortschritte bei der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt zu machen. Die im November 2021 frisch ins Amt gewählte EKD-Ratsvorsitzende, Annette Kurschus, erklärte das Thema zur „Chefinnensache“. Am Dienstag ließ sich die EKD-Synode Bericht erstatten, Kirchenleitende und Betroffen von Missbrauch kamen zu Wort.

Die größte Baustelle war die Beteiligung der Betroffenen: Dort hat sich nun einiges getan. Seit Juli gibt es das neue Beteiligungsforum, ein gänzlich neues Prozedere, in dem

Kirchenvertreter und Betroffene sexualisierter Gewalt auf Augenhöhe beraten. In dem neuen Forum sitzen 17 Mitglieder, 9 Kirchenvertreter und 8 Betroffene. Für Beschlüsse bedarf es einer doppelten Mehrheit beider Gruppen. Die Synode der EKD, die bis Mittwoch in Magdeburg berät, muss diesem Verfahren noch zustimmen. Über entsprechende Anträge soll am letzten Tag der Beratungen abgestimmt werden.

Die EKD hatte im vergangenen Jahr die Arbeit des kurz zuvor neu gegründeten Betroffenenbeirats nach internen Konflikten ausgesetzt. Daran hatte es viel Kritik gegeben.

Nun sei genug gestritten worden: Es gebe das gemeinsame Ziel, die Aufklärung und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in EKD und Diakonie voranzubringen, betonte der Sprecher der Betroffenen im Beteiligungsforum, Detlev Zander, am Dienstag in Magdeburg vor den 128 Delegierten des evangelischen Kirchenparlaments. Man arbeite im Beteiligungsforum mit den Verantwortlichen gut zusammen, sagte er: „Hart in der Sache, jedoch fair im Umgang."

Der Sprecher der Beauftragten im Beteiligungsforum, Landesbischof Christoph Meyns, der seine Funktion zum 1. Dezember an die pfälzische Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst abgeben wird, kündigte die Ergebnisse der umfassenden Aufarbeitungsstudie, die seit 2019 läuft, für den kommenden Herbst an.

Das Beteiligungsforum setzt sich zudem dafür ein, dass Betroffene in kirchlichen Disziplinarverfahren mehr Rechte erhalten. Sie sollen rechtliche Beratung und Akteneinsicht erhalten. Eine digitale Vernetzungsplattform ist ein weiteres Projekt des Forums.

Bei der angestrebten Gemeinsamen Erklärung über einheitliche Standards der Aufarbeitung in allen 20 Landeskirchen mit der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Kerstin Claus, gibt es jedoch wenig Neues. Dort solle „rasch" eine Grundlage geschaffen werden, hieß es. Zum Erliegen kamen die Gespräche mit Claus' Amtsvorgänger Johannes-Wilhelm Rörig fast völlig, als im vergangenen Jahr der Betroffenenbeirat ausgesetzt wurde. Nun könnte es 2023 soweit sein, dass die Erklärung steht. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz hat bereits seit 2020 eine solche Gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

Zanders Kollegin im neuen Gremium, Nancy Janz, mahnte vor der EKD-Synode, dass die Rede von der „Chefinnensache" keine bloße Worthülse sein dürfe. Sie verwies auf die zahlreichen verbliebenen Baustellen: So müsse man herausfinden, warum es für viele Betroffenen eine so große Hürde sei, sich bei den kirchlichen Anlaufstellen zu melden. Derzeit weiß die EKD von 757 Opfern von Missbrauch. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Immer noch stießen Betroffene, wenn sie sich melden, auf mitunter überforderte Kirchenmitarbeiter.

Wichtig sei auch, dass in allen 20 Landeskirchen und der Diakonie die gleichen Regeln und Standards gälten, betonte Janz. Es dürfe keinen Wildwuchs geben. Die entsprechende Musterordnung werde überall anders angewendet, kritisierte sie.

Jetzt sei die Zeit, betonten Zander und Janz. Das Beteiligungsforum sei die letzte Chance, gemeinsam mit Betroffenen Verbrechen unter dem Dach der Kirche aufzuklären.

epd hei kfr

Kirche auf 100 bis 80

Protestanten wollen ehrgeiziger beim Klimaschutz sein

Von Corinna Buschow (epd)

Magdeburg (epd). Klimaschutz predigen, Diesel-Limousine fahren: Auch in der Kirche klaffen Anspruch und Realität beim Ausstoß von Treibhausgasen auseinander. Jährlich kritisiert die Deutsche Umwelthilfe bei ihrem Dienstwagencheck katholische und evangelische Würdenträger für ihre Dienstkarossen. Aber auch neben dem plakativen Beispiel gibt es Baustellen: Gebäude, die nicht energieeffizient sind, Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, Kantinen, die viele Fleischgerichte anbieten - das alles gibt es auch bei der Kirche.

Die evangelische Kirche will das nun ändern. Seit Oktober gilt eine Klimaschutzrichtlinie, die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Kirchenkonferenz - der Zusammenschluss aller 20 Landeskirchen - verabschiedet haben. Sie formuliert als Ziel Klimaneutralität bis 2045 und legt dafür Umsetzungsschritte fest, die etwa die Energieversorgung, Dienstreisen und Kantinen betreffen.

Schon bis 2035 sollen 90 Prozent der klimaschädlichen Emissionen reduziert werden. Bezugspunkt ist der 1. Januar 2023. Die EKD-Synode hatte vor einem Jahr ein ehrgeizigeres Ziel gefordert, nämlich Treibhausgasneutralität zu 100 Prozent bis 2035. Daran erinnerte am Dienstag die Bewegung „Christians for Future“, die eine Verschärfung der Richtlinie forderte. Bei der Synodentagung in Magdeburg äußerten sich auch viele Synodale ungeduldig. Die Kirche müsse Vorbild sein, sagte die Studentin Fiona Paulus.

Dass die Richtlinie hinter dem Synoden-Beschluss zurückbleibt, liege daran, dass ein Kompromiss mit allen Landeskirchen gefunden werden sollte, erläuterte Synodenpräses Anna-Nicole Heinrich. Dass es allein mit Zielen nicht getan ist, machte Oliver Foltin deutlich, der bei der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft die Klimabemühungen der evangelischen Kirche überwacht.

Denn bislang wurden die Ziele verfehlt: Bis 2015 sollte die evangelische Kirche ein Viertel der Emissionen reduzieren, 20 Prozent wurden es. Hinter dem nächsten Ziel, bis 2020 40 Prozent der Emissionen einzusparen, blieb die Kirche um 11 Prozentpunkte zurück.

Man müsse dringend ins Handeln kommen, appellierte die EKD-Klimabeauftragte Kristina Kühnbaum-Schmidt. In allen gesellschaftlichen Bereichen fehle der Wille zu verantwortlichem Handeln, beklagte die Theologin, deren offizieller Titel „Beauftragte für Schöpfungsverantwortung“ ist. Aus dem biblischen Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung leitet die Kirche heute ihren Einsatz für Klimaschutz ab.

In der Debatte auf der Synode ging es vor allem um Ehrgeiz und Hürden. Während die Einen vor Überforderung warnten, erinnerten andere an die Bedrohungsszenarien, die mit der Erderwärmung einhergehen: Hitze, Dürre, Überschwemmung. Und wo die Einen auf die Verantwortung gerade für die vom Klimawandel besonders stark betroffenen armen Länder

verwiesen, berichteten Andere von Verwaltungshürden bei der Sanierung von Gebäuden oder Installation von Fotovoltaikanlagen.

Den Willen für mehr Radikalität im Handeln unterstrich die Synode mit der Einladung einer Aktivistin der Bewegung „Letzte Generation“, die wegen Straßenblockaden und Lebensmittelattacken auf Kunstwerke auch unter Kirchenverantwortlichen umstritten ist. Aimée van Baalen nutzte das Podium, um die evangelische Kirche um Unterstützung bei den Zielen zu bitten, wozu ein Tempolimit von 100 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen gehört.

Zumindest als Selbstverpflichtung könnte die evangelische Kirche das umsetzen. Ein entsprechender Antrag für ein Tempolimit 100 auf Autobahnen und 80 auf Landstraßen wurde auf der Synode gestellt. Die Abstimmung ist am Mittwoch.

Die Bischöfinnen und Bischöfe müssten dann eben langsamer von der Synode nach Hause fahren, sagte Synodenpräses Heinrich, die Sympathie für die Selbstverpflichtung erkennen ließ. Auch die Klima-Bischöfin Kühnbaum-Schmidt hätte wahrscheinlich wenig Probleme damit. Ihr Fahrer sei angewiesen, nicht schneller als 130 km/h zu fahren, sagte sie. Unterwegs ist Nordkirchen-Bischöfin Kühnbaum-Schmidt als eine der wenigen leitenden Geistlichen seit zwei Jahren mit dem E-Auto. Von der Umwelthilfe gibt es dafür die grüne Karte.

epd co kfr